

## 114. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. ÄA210203\_03

### Antragsteller:

Landesvorstand FDP Hamburg, Wolfgang Ploss, Finn Ole Ritter, Christoph Schmidt, Frank Heuck

### Änderungsantrag

1 Ersetze die Zeilen 1 bis 41 durch:

2

3 Auch in Hamburg ist bezahlbarer Wohnraum absolute Mangelware. Die Stadt hat  
4 in der Vergangenheit durchaus einige gute Instrumente entwickelt. Rekordpreise  
5 für Wohneigentum und erhebliche Mietsteigerungen zeigen jedoch, dass der Se-  
6 nat die Situation nicht länger beherrscht.

7 Der rot/grüne Senat versucht mit seinen Bündnissen für Wohnen, die Bezirke und  
8 die Wohnungswirtschaft zu jährlichen Bauleistungen zu verpflichten, wobei sich  
9 zunehmend zeigt, dass die „Erfolgsmeldungen“ des Senats nicht länger geeignet  
10 sind Haushalte, insbesondere im unteren Einkommenssegment, angemessen mit  
11 Wohnraum zu versorgen, da im gleichen Zuge Wohnungsbindungen entfallen.  
12 Das auf Initiative der Behördenleitung der Behörde für Stadtentwicklung und  
13 Wohnen beschlossene Baulandmobilisierungsgesetz zeigt bereits heute, dass  
14 dieses Gesetz Eingriffe in die Bauleitplanung vorsieht, die sich eher bauhemmend  
15 als baumobilisierend erweisen. Die Verschärfung von Baugeboten greift in Eigen-  
16 tumsrechte ein. Die Ausweitung der Vorkaufsrechte des Senats entspricht einer  
17 Baulandbevorratung, die die Baulandmobilisierung eher verzögert als beschleu-  
18 nigt.

19 Auch die bevorzugte Vergabe des Senats, städtische Baugrundstücke im Erbbau-  
20 recht zu vergeben schließt, bzw. verdrängt wesentliche Player, wie die Hamburger  
21 Wohnungsbaugenossenschaften, als mögliche Investoren vom Baugeschehen  
22 aus.

23 Konzeptausschreibungen, die dann auch noch zusätzlich von den politischen  
24 Gremien in den Bauprüfausschüssen der Stadtteile mit vermeintlich umweltschüt-  
25 zenden Forderungen belastet werden, obwohl in der Bauleitplanung bei der Auf-  
26 stellung der B-Pläne umweltschützende Belange bei der Umweltprüfung geprüft  
27 und berücksichtigt wurden, sind kostentreibend und tragen nicht zur Errichtung  
28 von bezahlbarem Wohnraum bei.

29 Wir Freien Demokraten halten regulative Instrumente wie den Mietendeckel oder  
30 Enteignungs-Fantasien von Wohnungsunternehmen, wie zuletzt in Berlin gefor-  
31 dert, für gänzlich ungeeignet und als Maßnahmen gegen Verknappung von Wohn-  
32 raum für unwirksam.

33 Wir fordern stattdessen klare Zielsetzungen, gute Rahmenbedingungen und nied-  
34 rige bürokratischen Hürden für die Bauwirtschaft um den Wohnungsbau zu vitali-  
35 sieren.

36

37 Auf dem Wohnungsmarkt herrscht Mangelverwaltung. Dem Wohnungsbaupro-  
38 gramm der Stadt geht die Puste aus!

39 Deswegen sind dringend weitere Anstrengungen notwendig.

40

41 Der Hamburger Senat wird aufgefordert, jetzt dringend neue Wege zu gehen und  
42 umgehend

43

44 - die Hamburgische Bauordnung (HBauO) sowie das Planrecht dahingehend  
45 zu ergänzen / zu vereinfachen so dass die Potentiale von Dachaufstockun-  
46 gen und Dachausbauten auf bestehenden Wohn- und Nichtwohngebäuden  
47 besser genutzt werden können. Hierdurch wird kein neues Bauland benö-  
48 tigt und keine neuen Flächen würden versiegelt.

49

50 - zu veranlassen, dass die Bezirke auf einheitlicher Grundlage, eine Wohn-  
51 raumbedarfs- und Wohnraumbestandsanalyse erstellen. Hierzu soll Ham-  
52 burg im Bundesrat die Initiative ergreifen, um den Bund durch gesetzgebe-  
53 rische Maßnahmen zur Unterstützung zu bewegen.

54

55 - die prioritäre Nutzung von Innenentwicklungspotentialen

56 Der Landesvorstand der FDP-Hamburg fordert vom Hamburger Senat,

57

58 - dass Innenentwicklungspotentiale prioritär genutzt werden, bevor neue  
59 Bauflächen im Außenbereich der Bezirke ausgewiesen werden. Hierzu sind  
60 u.a. die Wohnungsbaupotentiale an den im Bauforum von 2019 erkannten  
61 Magistralen in der Bauleitplanung verstärkt für den Wohnungsneubau zu  
62 nutzen. Dies gilt umso dringlicher, da das bestehende Baurecht an diesen  
63 Magistralen zum Teil auf Baustufenplänen der Jahre 1938 / 1955 beruhen.

- 64 Eine Magistralenentwicklung, die lediglich den Straßenraum im Blick hat  
65 lehnt die FDP-Hamburg ab.  
66
- 67 - die nicht besetzten Planstellen in den WBZ der Bezirke durch eine Perso-  
68 naloftensive zu unterstützen und zu fördern.  
69
  - 70 - dafür Sorge zu tragen, dass die Digitalisierung der Bauanträge schneller  
71 vorangeht. Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) in Bauauf-  
72 sichtsverfahren müssen in einer modernen Verwaltung Hamburgs zeitnah  
73 bei den Genehmigungsverfahren angewendet werden können. Eine Be-  
74 beschleunigung der Planungsverfahren könnte weiterhin durch die Digitalisie-  
75 rung der Öffentlichkeitsbeteiligung erreicht werden.  
76
  - 77 - das Hamburgische Baurecht durch die Ablösung der Betrachtung von Ein-  
78 zelgebäuden hin zu einer Quartiersdichte zu novellieren. Die Umwidmung  
79 bisheriger Nutzungen von Gebäuden darf nicht an planungsrechtlichen  
80 Vorgaben scheitern.
  - 81 - im Bund darauf hinzuwirken, das Baulandmobilisierungsgesetz zu überar-  
82 beiten, damit es seinen Zweck erfüllt, Bauland zu aktivieren und Woh-  
83 nungsbau zu erleichtern.  
84
  - 85 - Konzepte zu entwickeln, um Anreize zum Wohnungswechsel zu setzen.  
86 Durch mehr vertragliche Flexibilität kann auf den spezifischen Wohnraum-  
87 bedarf in der jeweiligen Lebenssituation eingegangen werden. Moderne  
88 Wohnkonzepte können hier Spielräume schaffen.  
89
- 90 Verhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) ergebnis-  
91 orientiert zu führen und mit einem Zeitplan zu hinterlegen um Potentialflächen in  
92 deren Besitz, wie z.B. ungenutzte Kasernen oder andere Liegenschaften der Bun-  
93 deswehr, die für den Wohnungsbau in Frage kommen zu ermitteln.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.